

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Innerdeutscher Handel erfordert neues Konzept

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1979) : Innerdeutscher Handel erfordert neues Konzept, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 3, pp. 102-103

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135288>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

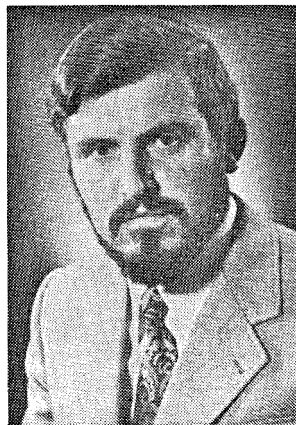
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Innerdeutscher Handel erfordert neues Konzept

Der innerdeutsche Handel hat im letzten Jahr schwächer zugenommen als in den zehn Jahren zuvor: Der Zuwachs betrug nur 1 %. Mit dem vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichten Umsatzergebnis im Waren- und Dienstleistungsverkehr von 8,82 Mrd. Verrechnungseinheiten (1 VE = 1 DM) konnte das Volumen von über 9 Mrd. DM, das noch in der zweiten Jahreshälfte 1978 erwartet wurde, nicht erreicht werden. Für die künftige Entwicklung des innerdeutschen Handels ist jedoch von größerer Bedeutung, daß die Lieferungen der Bundesrepublik in die DDR (4,754 Mrd. DM) ihre Bezüge aus der DDR (4,07 Mrd. DM) um nicht weniger als rund 700 Mill. DM (1977 rund 600 Mill. DM) überstiegen. Dieses Defizit ist zwar zum überwiegenden Teil (570 Mill. DM) auf die Abwicklung von langfristig kreditierten Großanlagengeschäften zurückzuführen, doch kann dieses Ergebnis für den auf bilateralen Ausgleich ausgerichteten Handel zwischen den beiden deutschen Staaten nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Die 1978 im Vergleich zu 1977 rückläufigen Warenlieferungen der DDR in die Bundesrepublik pauschal mit ihrem im letzten Jahr nicht erreichten Wachstumsziel zu erklären – geplant war eine Zunahme des Nationaleinkommens um 5,2 %, erreicht wurden ca. 4 % –, geht an der Sache vorbei, zumal das 4 %ige Wachstum in Anbetracht der diversen Belastungen der DDR-Wirtschaft noch als respektabel gewertet werden muß. Witterungsbedingte Produktionseinbußen in der Landwirtschaft und im Bauwesen, die Realisierung teurer sozialpolitischer Programme zugunsten bestimmter Bevölkerungsgruppen und insbesondere die außenwirtschaftlichen Verpflichtungen haben allerdings zu einer starken Warenverknappung in der DDR geführt. Die Angaben der DDR über die außenwirtschaftlichen Belastungen sind zwar spärlich; doch ist offensichtlich, daß sie in den letzten Jahren außenwirtschaftlich unter Druck geraten ist. Vor allem die gestiegenen Rohstoffpreise führten zu ständig wachsenden Exportverpflichtungen. Allein das Handelsbilanzdefizit mit dem wichtigsten Handelspartner der DDR, der Sowjetunion, kumulierte sich in den letzten fünf Jahren auf fast 2 Mrd. Rubel. Daher auch die verstärkten Exporte in die UdSSR, die 1978 um 11,3 % gestiegen sind. Ihre Abhängigkeit von Rohstoffbezügen aus der Sowjetunion zwingt die DDR, die sowjetischen Kaufwünsche vorrangig zu bedienen, so daß ihr 1978 nur sehr beschränkt Verwendungsalternativen für ihre Warenproduktion offenstanden.

Mit dem Ergebnis von 1978 ist der Saldo der Verbindlichkeiten der DDR aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr einschließlich der Barzahlungen gegenüber der Bundesrepublik auf 3,67 Mrd. DM angewachsen. Dieser Saldo zwingt an sich beide Partner, beim innerdeutschen Handel eine Entwicklung herbeizuführen, die der DDR tendenziell eine Überschußposition sichert. Sowohl die Bundesregierung als auch die Regierung der DDR bemühen sich zwar einerseits, dem anderen Partner das Interesse an einer Ausweitung und Intensivierung des innerdeutschen Handels zu signalisieren, werfen sich aber andererseits gegenseitig immer wieder eine Behinderung des Handels vor. Die DDR bezeichnet die Politik der Bundesregierung als protektionistisch und hält ihr ungerechtfertigt häufig eingeleitete Preisprüfungsverfahren bei Dumpingverdacht und hinderliche komplizierte technische Zulassungsverfahren für DDR-Produkte in der Bundesrepublik vor. In diesem Zusammenhang suchte der zuständige Handelsrat der DDR erst kürzlich klarzumachen, daß es daher vor allem Aufgabe der Bundesrepublik sei, die für eine Entwicklung

dieses Handels förderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Der für den innerdeutschen Handel zuständige Vertreter Bonns wiederum weist die Vorwürfe der DDR entschieden zurück und beklagt seinerseits die schädlichen Wirkungen für den Handel, die von den maßlosen Kompensationsbegehren der DDR ausgehen.

Für optimistische Prognosen über den innerdeutschen Handel gibt es zur Zeit keine sachliche Basis. Nur eine langsame Zunahme erscheint wahrscheinlich, eine Stagnation oder gar ein Rückgang sind aber nicht auszuschließen. Wegen der hohen Aufwendungen für Rohstoffe und Energie wird die DDR selbst bei bemerkenswerten Produktionsergebnissen in manchen Bereichen von der Angebotsseite her Mühe haben, ihre Lieferungen in die Bundesrepublik merklich zu erhöhen. Als Folge werden auch die Einkäufe der DDR in der Bundesrepublik nur mäßig zunehmen. Erhöhungen werden möglicherweise allein auf Engpässe in verschiedenen Sektoren zurückzuführen sein, die die DDR aus eigener Kraft nicht zu überwinden vermag. Wegen ihrer unbefriedigenden Wirtschaftssituation scheint die DDR auch nicht bereit zu sein, sich gegenwärtig im Westen stärker zu verschulden, so daß die westdeutsche Wirtschaft nicht mit weiteren Großaufträgen für Industriekomplexe rechnen kann.

Der von den Konjunkturexperten erwartete wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik eröffnet der DDR an sich die Chance, die Lieferungen in die Bundesrepublik zu erhöhen. Aufgrund der relativ hohen Investitionserwartungen in der Bundesrepublik nach einer mehrjährigen Investitionsflaute gilt dies vor allem für ihre Investitionsgüterlieferungen. Es ist zu hoffen, daß die mit dem Ziel einer verbesserten Marktposition in den Bereichen metallverarbeitende Industrie, Maschinenbau, elektrotechnische und elektronische Industrie in der Bundesrepublik neu gegründeten Büros der ostdeutschen Außenhandelsbetriebe erfolgreich sein werden.

Ob aber die DDR in ihren Wirtschaftsplänen einen Ausbau des Handels mit der Bundesrepublik wirklich vorgesehen hat, geht aus den bisher bekannten Außenhandelsdaten nicht hervor. Der Plan sieht im Jahre 1979 für den Außenhandelsumsatz insgesamt nur eine Steigerung von 9,8 % vor. Aus dieser Steigerung kann geschlossen werden, daß die geplanten Lieferungen in den Westen von vornherein niedrig angesetzt worden sind, so daß die im Laufe des Jahres 1979 in der Bundesrepublik auftretenden Absatzchancen kaum genutzt werden dürften. Denn insbesondere die mit der UdSSR ausgehandelten Lieferverträge schließen eine Umlenkung der Handelsströme seitens der DDR weitgehend aus.

Diese Situation drängt darauf und scheint auch günstig dafür zu sein, daß in der Bundesrepublik die Handelspolitik gegenüber der DDR grundsätzlich überdacht werden sollte. Vor allem müßte die Bundesregierung die Handhabung der Kontingentierung überprüfen, d. h. eine Liberalisierung für Waren aus der DDR ins Auge fassen. Dies nicht, weil die DDR die Handelspolitik der Bundesregierung als protektionistisch bezeichnet, sondern weil es aus grundsätzlichen marktwirtschaftlichen Erwägungen sinnvoll erscheint. Die Gefahr einer Überschwemmung westdeutscher Märkte mit DDR-Waren ist zumindest gegenwärtig gering, da bei diesen Gütern eine zusätzliche Nachfrage der Bundesrepublik kaum zu erwarten ist und Dumpingversuchen weiterhin durch Preisprüfungsverfahren begegnet werden kann. Der DDR würde durch die Liberalisierung ja keine Absatzgarantie gegeben. Vielmehr müßte sie, um verkaufen zu können, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern unter Beweis stellen. Durch eine weitere Liberalisierung würde ihr aber die Möglichkeit genommen, ihre unbefriedigende Liefersituation mit dem Hinweis auf die protektionistischen Praktiken in der Bundesrepublik zu tarnen. Die DDR würde damit wahrscheinlich wirksamer zu einer dauerhaften Umstrukturierung ihrer Lieferungen in die Bundesrepublik gedrängt, als dies bisher der Fall war.

Weitreichende Liberalisierung, Entbürokratisierung und anderes mehr – in Etappen realisiert, nicht zuletzt, um auch die betroffenen westdeutschen Branchen für diese Politik zu gewinnen – sollten der DDR nicht ohne Gegenleistungen gewährt werden. Insbesondere sollte über die Befreiung des innerdeutschen Handels von der Last der Kompensation in all ihren Formen verhandelt werden. Die DDR könnte in diesem Zusammenhang auch erneut daran erinnert werden, daß sie mit der ihr jährlich aus Bonn bar zufließenden Summe von über 1 Mrd. DM mehr Barzahlungskäufe in der Bundesrepublik tätigen könnte.